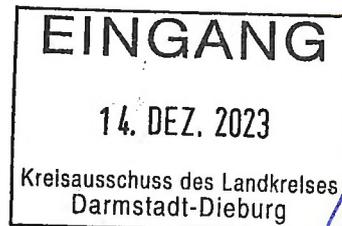


Stadt Reinheim Postfach 1163 D-64348 Reinheim

Kreisausschuss
des Landkreises Darmstadt-Dieburg
Jägertorstraße 207
64289 Darmstadt



 20/12.

12. Dezember 2023

Haushaltssatzung 2024 des Landkreises Stellungnahme der Stadt Reinheim

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Darmstadt-Dieburg wurde nach der Einbringung des Entwurfs des Kreishaushaltes den Kommunen empfohlen bei der laufenden Haushaltsplanung 2024 ff für das Jahr 2024 ein Kreis- und Schulumlagehebesatz von 58,91 % und für die Folgejahre die Hebesätze von knapp unter 60% entsprechend dem 2. Anpassungsbeschluss zum Kreishaushalt 2023 zu berücksichtigen. Im Vergleich zum Jahr 2023 mit einer Kreis- und Schulumlage von rd. 15,5 Mio. € bedeutet dies in der Planung der Stadt Reinheim 2024 eine Gesamtumlage von rd. 15,9 Mio. €, 2025 rd. 17,2 Mio. €, 2026 rd. 18,2 Mio. € und 2027 rd. 19,0 Mio. €. Der Anteil der Kreis- und Schulumlage an den ordentlichen Aufwendungen steigt von 38,54% im Jahr 2023 auf 42,99 % im Jahr 2027 bei dieser Planung.

Die Kalkulation in der mittelfristigen Planung des Kreishaushaltsentwurf der Hebesätze von Kreis- und Schulumlage von über 65% würde für die Stadt Reinheim zusätzliche Mehraufwendungen von jährlich rd. 1,8 Mio. € in den Jahren 2025 bis 2027 bedeuten!

Nachdem bereits die Haushaltssatzung 2023 mit einem Fehlbedarf des Ergebnishaushaltes in Höhe von 2.638.800 € beschlossen werden musste, weist auch die Haushaltssatzung 2024 einen Fehlbedarf in Höhe 2.338.550 € aus. Auch in der Ergebnisplanung 2025 ff werden bereits negative Ergebnisse ausgewiesen.

Um die absehbaren Fehlbeträge zu mindern, erfolgten 2023 u.a. bereits Anpassungen im Bereich der Gebühren für die Kindertagesstätten und die Nutzung der öffentlichen Einrichtungen der Stadt sowie ab 2024 eine Anpassung im Bereich der Schwimmbadgebührenordnung und der Verwaltungskostensatzung sowie eine Anhebung der Grundsteuer B um 75%-Punkte.

Sollte sich in den kommenden Jahren bei den Erträgen aus dem Kommunalen Finanzausgleich keine wesentlichen Verbesserungen für die Kommunen ergeben, wären wir gezwungen die Steuer- und Gebührenschaube für die Bevölkerung der Stadt Reinheim massiv weiter zu drehen. Die Folgen sind abzusehen: Verdruss, Unmut, Ärger, unzumutbare finanzielle Belastung der Bürger, Abkehr von demokratischen Werten, Wegfall der ehrenamtlichen Tätigkeit usw. Dies ist unbedingt zu vermeiden!

Im Bereich der Sach- und Dienstleistungen erfolgte eine eingehende Überprüfung aller notwendigen Aufwendungen. Dabei wurde auf eine sparsame und wirtschaftliche Veranschlagung geachtet. Insbesondere im Bereich der Aufwendungen für Instandsetzungen, Reparaturen, Material und Sachkosten u. ä. müssen jedoch Planerhöhungen aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen vorgenommen werden. Diese Erhöhungen sind zur Aufrechterhaltung und Sicherstellung der kommunalen Aufgaben (Bsp. Kfz Feuerwehr, Kfz Bauhof, Digitalisierung, Sicherstellung der Infrastruktur, Klimaschutzmaßnahmen) notwendig. Grundsätzlich wurden nur die zwingend erforderlichen Steigerungen eingeplant. Die Planansätze für die Energieversorgung Strom, Gas und Straßenbeleuchtung mussten aufgrund der aktuell immer noch hohen Kosten ebenfalls angepasst werden.

Neben den tariflichen bedingten Erhöhungen der Personalaufwendungen und der hohen Belastung durch die Kreis- und Schulumlage ist die Sicherstellung der Kinderbetreuung ein sehr großer Aufwandsfaktor der Stadt. Der Zuschussbedarf der Kindertagesstätten und Kinderkrippen beträgt 2024 rund 4,3 Mio. €. Im Ergebnis zeigt sich, dass durch Personal- und Energieaufwendungen, Aufwendungen zur Sicherstellung allgemeiner kommunaler Aufgaben, Kreis- und Schulumlage sowie der Zuschussbedarf der Kinderbetreuung die der Stadt zur Verfügung stehenden Erträge vollkommen in Anspruch genommen werden müssen. Noch nicht berücksichtigt sind hier finanzielle und personelle Belastungen durch die vor uns stehenden Aufgaben der Migrationspolitik.

Eine weitere Anhebung der Hebesätze der Kreis- und Schulumlage würde zu wesentlichen Einschränkungen der Leistungsfähigkeit der Stadt führen. Einsparungen müssten insbesondere im Bereich der den Bürgern zur Verfügung gestellten Infrastruktur wie Schwimmbad, Bürgerhäuser, Bücherei etc., der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Unterstützung der ehrenamtlichen Vereinstätigkeit erfolgen. Die negativen Folgen sind dann voraussehbar.

Ich bitte Sie daher eindringlich, die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Folgen einer weiteren Erhöhung der Kreis- und Schulumlage auf die zukünftige Entwicklung aller Kreiskommunen zu beachten und in Ihre Entscheidung einzubeziehen.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Manuel Feick
Bürgermeister